



Berlin-Brief Nr. 340

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

07. Juli 2023



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

2020 hat das Bundesverfassungsgericht das Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe gekippt, da es das Recht des Einzelnen auf selbstbestimmtes Sterben verletzte. In der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir die

Regelung der Sterbehilfe wie vereinbart in einer ausführlichen Debatte behandelt. Vielleicht musste sich der eine oder die andere bereits wegen persönlicher Betroffenheit im Familien- oder Bekanntenkreis mit dem Thema auseinandersetzen. Jedenfalls ist es keine einfache Entscheidung, die wir in dieser Woche treffen mussten. Denn bei der Neuregelung der Suizidhilfe handelt es sich um eine ethisch schwierige Entscheidung, die es gut abzuwägen gilt. Zur Abstimmung standen zwei Gesetzentwürfe, die in den letzten Monaten von Abgeordneten verschiedener Fraktionen im Gruppenverfahren erarbeitet wurden. Mir waren für meine Entscheidung zwei Punkte besonders wichtig: Zum einen muss es in Ausnahmefällen die Möglichkeit geben, bei freiem und dauerhaftem Suizidwunsch selbstbestimmt sein Leben zu beenden. Wir alle kennen aus unseren Bekannten- oder Familienkreis Beispiele, in denen man Suizidhilfe nachvollziehen könnte. Der andere Punkt, weshalb ich auch den Gesetzentwurf von Lars Castellucci und anderen unterstützt habe, ist das ausführliche Schutzkonzept, das sicherstellt, dass keine die autonome Entscheidungsfindung beeinträchtigende psychische Erkrankung vorliegt. Das Schutzkonzept sieht vor, dass die Sterbewilligen sich zweimal mit einem Mindestabstand von drei Monaten einer psychiatrischen oder psychotherapeutischen Begutachtung unterziehen, ein zusätzliches Beratungsgespräch in Anspruch nehmen und nach der Begutachtung mindestens zwei Wochen, höchstens aber zwei Monate bis zur Selbsttötung vergehen. Das Verfahren soll auch dazu dienen, die Autonomie Suizidwilliger zu schützen. Denn es darf auf keinen Fall passieren, dass durch Suizidhilfe-Angebote Druck auf Betroffene aufgebaut wird.

Leider hat keiner der beiden Gesetzentwürfe eine Mehrheit bekommen. Wir werden das Thema Sterbehilfe weiter diskutieren und in einem neuen Anlauf Rechtssicherheit für alle Betroffenen schaffen.

Neben diesem für viele Menschen persönlich sehr wichtigen Thema haben wir in der letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause noch einiges auf dem Programm gehabt.

Genehmigungen von erneuerbaren Energien werden beschleunigt!

Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral sein. Im vergangenen Jahr haben wir bereits wichtige Maßnahmen beschlossen, um den Ausbau von erneuerbaren Energien in Deutschland voranzutreiben. Insbesondere gilt es, den Bau von Windkraftanlagen an Land sowie von Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff (Elektrolyseure) zu beschleunigen. Damit das gelingt, müssen auch die Genehmigungsverfahren solcher Anlagen, die unter das Bundesimmissionsschutzgesetz (BlmschG) fallen, deutlich schneller werden. Deshalb haben wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz im Bundestag beraten. „Klima“ wird als Schutzgut im BlmschG verankert, so dass künftig Verordnungen, die auf Grundlage dieses Gesetzes erlassen werden, auch Regelungen zum Schutz des Klimas enthalten können. Des Weiteren sollen Anlagenbetreiber Unterlagen im Genehmigungsverfahren leichter nachreichen können. Dies kann den Genehmigungsprozess entzerren und verschlanken, zumal viele Unterlagen nicht notwendigerweise bereits zu Beginn der Prüfung durch die Genehmigungsbehörde vorliegen müssen. Um Verfahrensverzögerungen zu vermeiden, wird eine Verlängerung der Genehmigungsfristen durch die Behörde nicht mehr unbeschränkt möglich sein. Bei Genehmigungsverfahren können künftig auch Projektmanager*innen eingesetzt werden, die bei den einzelnen Verfahrensschritten – wie beispielsweise bei der Fristenkontrolle sowie Sichtung und Bewertung der eingereichten Dokumente – unterstützend tätig werden und so das Verfahren insgesamt beschleunigen. Das Gesetz sieht außerdem Erleichterungen beim Repowering – also der Modernisierung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien – vor.

Natürlich war auch das **Gebäudeenergiegesetz** Thema, obwohl wir es heute nun doch nicht beschließen konnten. Das Bundesverfassungsgericht hat die 2. und 3. Lesung in dieser Woche im Eilverfahren gestoppt. Nach wochenlanger öffentlicher Debatte und viel Verunsicherung hätte ich es begrüßt, wenn das Gesetz jetzt endlich verabschiedet worden wäre. Die Bürger*innen in unserem Land erwarten zurecht Planungssicherheit, die wir in dieser Woche noch vor der parlamentarischen Sommerpause hätten liefern können. Wir haben einen tragfähigen Kompromiss gefunden, der die nötigen Fortschritte bei der Wärmewende bringen wird, ohne die Bürger*innen finanziell zu überlasten – daran wird auch mehr Zeit nichts ändern!

Heute endet die letzte Sitzungswoche vor der parlamentarischen **Sommerpause**. Für uns Abgeordnete bedeutet dies zum einen ein paar freie Tage aber vor allem auch mehr Zeit, die wir im Wahlkreis für Gespräche mit Bürger*innen, Unternehmer*innen und Institutionen nutzen können. Eine erste Möglichkeit gibt es gleich am Dienstag (11. Juli) ab 16:30 Uhr auf dem Kiliansplatz in Heilbronn. Die Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion macht Halt in Heilbronn.

Ihnen und Euch wünsche ich tolle Sommertage und ich freue mich auf schöne Begegnungen im Wahlkreis.

Ihr/Euer



Termine

08.
JULI

Eröffnung Seefest Untereisesheim
Mühlbachsee Untereisesheim

08.
JULI

Schacht-See-Fest Bad Friedrichshall
Schachtsee Bad Friedrichshall

11.
JULI

Dialogtour der SPD-Bundestagsfraktion macht Halt in Heilbronn
Kiliansplatz Heilbronn

12.
JULI

Heilbronner Wissenspause
Deutschhof Heilbronn

Bild der Woche



"Auch in der letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause freue ich mich natürlich über den Besuch von Schüler*innen aus meinem Wahlkreis. Danke den Schüler*innen und Lehrerinnen des Jagsttal-Gymnasiums aus Möckmühl für den Besuch und den intensiven Austausch."



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.